

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 25 :. 28. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 :. Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 19. Juni 1914

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Arbeiter-
ferien. — Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912. III.
— Unter Gewerbe im Vichte des Berliner Handelskammer-
berichts. — Können Werksführer Mitglieder einer Gewerk-
schaft sein? — Vom Stuttgarter Kriegsschauplatz. — Streiks
und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Corre-
spondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales
Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. —
Bekanntmachung der Tarifkommission. — Adressenänderungen.
— Sterbetafel. — Verammlungs-kalender. — Anzeigen. —
Abrechnung der Buchbinder-Krankenkasse.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 21. bis 27. Juni
ist der 26. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die
Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht,
bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zu-
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-
kundigen.

Berlin. Die Kofferfabriken Zimmermann
u. Maerten, Berlin, Engelauer 1 b, und Rudolf
Zimmermann in Werder a. O. sind für alle
Kofferarbeiter gesperrt.

Breslau. In den Hofmann-Linke-Werken
sind auch die Sattler ausgesperrt, weshalb wir
vor Zugang warnen.

Autofahrer! Die Arbeiter der Auto-
mobilfabriken Reutter in Stuttgart und Auer in
Cannstatt befinden sich im Ausstand. Zugang von
Sattlern ist streng fernzuhalten.

München. Hier streifen die Wagen-,
Geschirrsattler und Sattelmacher. Zugang streng
fernzuhalten.

Offen a. N. Die Arbeiter der Wagenfabrik
Wehling stehen in einer Lohnbewegung. Zugang
ist streng fernzuhalten!

Arbeiterferien.

Die Sommeraison ist eröffnet. Das be-
deutet für den kapitalistischen Barbentil und
dessen Anhang eine Reihe wunderbarer Genüsse.
Auf den Bahnhöfen der Großstädte türmen sich
Kaffeeförbe und Koffer zu Varrifaden, Dienst-
männer und sonstige Dienstbeflissene mühen sich
im Schweiß ihres Angesichts, die oftmals raffi-
niert ausgetügelten und wohlverpackten Kur-
toiletten und sonstigen Gebrauchsgegenstände
der „vornehmen“ Welt in die Bahnwagen zu
bugtieren. Und dann verläßt der Luxuszug
unter Klaktern und Tauden die weite Bahnhof-

halle und mit Windeschnelle brant er hinaus
in die berühmten Bade- und Gebirgskurorte.

Hier erwartet der „kurbedürftigen“ eine
Fülle lukullischer Genüsse. In luxuriösen Ein-
richtungen, Komfort und möglicher Bequem-
lichkeit fehlt es nicht. Für Unterhaltung und
Vergnügen ist bestens gesorgt. Alles, was das
Menschchen sich wünscht, ist da. Und der nötige
Mann und vor allem auch die Zeit für derlei
„Erholung“ ist vorhanden. In der Großstadt
aber dröhnen indessen die Hämmer weiter, die
Maschinen stöhnen und knirschen, dicker Rauch
steigt aus den Schornsteinriegen empor, die Ar-
beitsbienen ächzen unter schwerer Arbeitslast
und schwarzer, ruhiger Schweiß bedeckt ihre
Körper. Sie sorgen für den Mann und dessen
die Ernte der Gesellschaft zu ihrer „Erholung“
in der Sommerfrische bedarf.

Alljährlich zur Sommerzeit durchläuft ein
flammender Massenprolet die Arbeiterpresse.
Grollend wird hingewiesen auf den ungerechten
Zustand, der die Arbeiterchaft in ihrer großen
Mehrheit dazu verurteilt, ohne Aussicht auf
eine kurze Spanne der Erholung in bedrückender
Sommerfrische, in Fabrik, Werkstatt und am
Bau zu frönen und für fargen Lohn Kultur-
werte zu schaffen, die die Kapitalistenklasse dann
in klingendes Geld umsetzt und zur Befriedi-
gung ihrer raffinierten Genüsse verwendet. Im
glühenden Sommerbrand, an heißer Esse muß
der Proletarier auch zur Sommerzeit verweilen,
sein eintöniges Los besteht im Schaffen der
Mehrwerte zum Nutzen einer Handvoll Kapi-
talisten, zur notwendigen Bedeckung der eigenen
Blöße und zur Stillung seiner sonstigen be-
drückten Lebensbedürfnisse. Und draußen prangt
die Natur im reichsten Schmuck, lachender
Sonnenschein spiegelt sich in blauen Seen und
in silberhellen Bächen, lattes Waldgärn nicht
dem Wanderer freundlich entgegen und ladet
zur Rast auf schwellendem Moose, in reicher
Blütenfülle leuchtet feuriger Mohn, duften rote,
weiße und gelbe Rosen, und laue Lüfte un-
sächlich angenehm die malerischen Vergesuppen
und Seepromenaden. Der Prolet aber schafft
Mehrwerte für andere, ihm gönnt das Profit-
interesse der Besitzenden nicht einmal eine einzige
Woche der Erholung, kein Strahl der Freude
an den Schönheiten dieser Welt verirrt sich in
die trostlose, eintönige Dede seiner grauen All-
tagsarbeit. . . .

Arbeit und Erholung. Eins bedingt das
andere. Wer angestrengt arbeitet, wird müde
und bedarf der Erholung. Diese wird ihm aber
nicht in wenigen Nachmittunden in enger Kam-
mer, Luft, Licht, Wasser Vera, Wald und
Wiese, mit einem Wort Natur braucht der Ar-
beitende zur Erholung! Und nicht nur an
kurzen Sonntagen, nein, ihm gebührt eine
längere Spanne Zeit, um sich leiblich und geistig
zu erholen, zu stärken für die später von neuem
einsetzende Zeit der Arbeit, die dann wieder
munter vorstatten geht und einen Ausblick

offen läßt auf etwas Licht und Freude im näch-
sten Sommer.

Der Arbeiter bedarf also der Erholung. Das
kapitalistische Profitinteresse verläßt ihm dies.
Jeder Kapitalist aber würde den mit großen
Augen ansehen, der ihm zuzunten würde, in Kon-
sequenz dieser Anbahnung minnehr auf die
eigene Sommererholung für sich und seine An-
gehörigen zu verzichten. In diesen Schichten
gehört es einfach zum „guten Ton“, daß zur
Sommerzeit irgendwohin gegangen werden
muß. Und zwar zur Erholung. Ach ja, zur
Erholung. Und dann rädeln sich die vornehmen
Kurgäste in den vornehmen Kurhotels, fett
und fett, und mancher müht sich im Schweiß
seines Angesichts, einige Pfund überflüssigen
Leibesbaldes loszuwerden. Zur Erholung.
Aber auch im späteren Krankheiten vorzubringen
und die Gesundheit aufs neue zu fräftigen. So
jagt man wenigstens. Selten jedoch gelingt es.
Die vornehmen Kurhotels dienen weniger der
Erholung als der angenehmen Verfrischung.

Aber immerhin wird von der hygienischen
Wissenschaft gelehrt, daß das Verhüten von
Krankheiten wichtiger sei als deren Heilung.
Nun wohl, für wen wäre die Durchföhrung
dieses Wahrheitsabes nötiger als für den Ar-
beiter? Ist nicht vor allem gerade er allen
nur möglichen Strapazen ausgesetzt, leidet er
nicht in vielen Fällen an körperlicher Ueber-
anstrengung, an Unterernährung, arbeitet er
nicht vielfach in staubiger, luftstoffarmer Luft,
oftmals sogar in Räumen, die von giftigen
Dunstschwaden durchdrängert sind? Bringt
nicht das Proletariat dem Wirraengel Tuber-
kulose alljährlich Sefatomben von Menschen-
opfern? Sind es nicht die Arbeiter, deren
Leben zumeist dann schon zur Meige geht, wenn
die Bourgeoisie erst richtig zu leben beginnt?
Und dann die ethische Seite! Ist es nicht das
Proletariat, das alle Werte dieser Erde schafft,
das seine Arme und sein Hirn hergibt, um dem
Siegeslauf der Kultur die Gasse immer mehr
zu weiten? Käme darum nicht gerade der Ar-
beiterchaft eine bescheidene Sommerkraft zu, um
die Gesundheit zu stärken und den Körper von
neuem zu stählen zu nützlicher Kulturarbeit?

Nun, die vornehme Bade- und Gebirgskur
ist vorab noch ein Privileg der Besitzenden, des
großen Geldbeutels. Aber die Idee der Som-
merferien schreitet ihrer Demokratisierung ent-
gegen. Angestellte und untere Beamte er-
freuen sich auch schon ihrer bescheidenen Som-
merfrische. Und auch schon Hunderttausende
von Arbeitern, die das Glück haben, bei einwärts-
vollen Unternehmern beschäftigt zu werden.
Aber dem Gros der Menschheit, den vielen Mil-
lionen des Proletariats fehlt diese natürliche
Vergünstigung immer noch. Deshalb ist es
unsere Pflicht, immer von neuem am Gewissen
der Besitzenden zu rütteln und sie hinzukommen
auf eine fittliche Pflicht, der sie nachzukommen
haben aus einfachen Anstands- und Menschlich-

feitsgründen! Und dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Immer wieder müssen die Arbeiter bei dem Abschluß von Tarifverträgen die Forderung auf bezahlten Sommerurlaub stellen. Sie müssen auch einmal wenn es nicht anders geht einen stempel darauf setzen. Dann wird die Idee des Sommerurlaubs wandern und das Unternehmertum wird sich auf die Seite dieser vitalen Forderung des Proletariats nicht entgegenstemmen können!

Uebrigens lebt auch das Unternehmertum - wie schon angedeutet - die Forderung bezahlter abfährlicher Sommerferien für die Arbeiter längst nicht mehr in Rands und Fogen ab. Emsichtige Unternehmer gewöhnen sie den Arbeitern. Hierin sind vor allem die sozialdemokratischen Unternehmungen, Buchdruckereien, Buchhandlungen, Expeditionen bahnbrechend vorangegangen und andere Unternehmer sind gefolgt. Ja, sogar die Unternehmerpresse lehnt diese Forderung nicht mehr sans raison ab. Die „Schweizerische Arbeiterzeitung“ schrieb, als durch die schweizerischen Fabrikinspektoren festgesetzt wurde, daß schon über 26 000 Arbeiter der Schweiz bezahlten Sommerurlaub erhielten, das Folgende:

„Es gilt nun, auf diesem Wege fortzuschreiten. Jedermann anerkennt den Wert einer Ausspannung für den Berufsständischen und gönnt sie dem Arbeitsmann, arbeite er mit dem Kopf oder mit der Hand, um seines körperlichen Wohlbefindens willen. Dabei gewinnt sowohl der Arbeiter als seine Arbeit. Und gute Arbeit aus jedem Betrieb geschätzt werden. Der Arbeitgeber, der auf seine Gefälligkeit, die Lichta und arbeits-trendig, weil sie gesund ist, wird nicht bloß aus idealen, sondern auch aus praktischen Gründen die Institution der Ferien einführen. Sie ist nämlich ein geschäftliches Werbemittel, weil Arbeitsstellen, für die der Urlaub durch Arbeitsvertrag vorgesehen ist, vor anderen den Vorzug genießen. Arbeiter sollen nicht selten bessere Arbeitsbedingungen an einem anderen Ort ausschlagen, weil sie bleiben wollen, wo ihnen Ferien gewährt sind. Nach Aussage des eidgenössischen Fabrikinspektors betrachten die Arbeiter die Ferien als die größte aller Wohlfahrtsrichtungen. Sie sind mit gutem Willen, und abgesehen von besonderen Verhältnissen, nicht allzu schwer durchführbar, weshalb man hoffen darf, daß Ferien in den Fabriken nicht mehr lange die Ausnahme, sondern bald die Regel bilden werden.“

Wir sehen also, daß sich auch das Unternehmertum mit dem Gedanken bezahlter Arbeiterferien vertraut zu machen beginnt. Hier hat sich sogar ein Unternehmerblatt dazu aufgeschlossen, die beliebte Ansrede des Unternehmertums, daß solche Ferien schwer durchführbar seien, zu entkräften. Um so mehr ist es unsere Pflicht, danach zu streben, daß bezahlte Arbeiterferien in gar nicht allzu ferner Zeit Gemeingut des gesamten Proletariats werden!

Arbeiten wir für dieses Ziel! Es bedeutet eine Hilfe hygienischer, praktischer und seelischer Vorteile für die Gesamttheit!

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

III. Die Invalidenversicherung.

Das Reich der Invalidenversicherung ist im Jahre 1912 erheblich erweitert worden, indem die Hinterbliebenenfürsorge neu eingeführt und zum ersten Male Witwen- und Waisenrenten sowie Witwen- und Waisenabfindungen gewährt wurden. Dafür sind die Beitragserstattungen in Weqfall gekommen (die im Jahre 1912 noch festgesetzten Beitragserstattungen betreffen Fälle, die bereits im Jahre 1911 anhängig gemacht sind) und die Beiträge zur Invalidenversicherung in allen Klassen erhöht worden. Außerdem sind seit dem Jahre 1912 Zusatzmarken für Zusatzversicherung eingeführt worden, für welche befamlich eine Erhöhung der Invalidenrente um 2 Pf. pro Zusatzmarke (a 1 Mk.) gewährt werden soll. Von dieser Einrichtung ist nur in ganz verschwindendem Maße Gebrauch gemacht worden.

Im Bestand der Versicherungsträger hat sich nichts geändert. Es bestehen 31 Versicherungs-

10 Sonderanstellungen. Dreibien verfügen über 388 Vorstandsmitglieder und einen Stab von 3748 Pucan und Unterbeamten. In den Seilsäften sind 2086 Personen beschäftigt. In den Vorständen sind 117 und in den Ausschüssen 315 Arbeitervertreter tätig.

Eine Statistik der Invaliditätsverhinderungen wird nicht erhoben. Eine Schätzung nach der Zahl der verkauften Beitragsmarken ergibt ungefähr 17 1/2 Millionen Verhinderter.

Es wurden 1912 insgesamt 166 389 Renten festgelegt, davon 11 570 Krankenrenten (1911 11 779), 124 825 (118 150) Invaliden- und 12 111 (11 588) Altersrenten, ferner erstmalig 3811 Witwen- bezw. Waisenrenten, 110 Witwenfrankenrenten und 13 962 Waisenrenten. Bei den Waisenrenten sind nicht die Waisen selbst, sondern die Waisenämter gezahlt. Als einmalige Leistungen wurden 4118 Witwenabfindungen (Abfindungen für selbstüberlebende Witwen) und 168 Waisenaussteuerungen (Abfindungen für Kinder selbstüberlebender Witwen an Stelle der Ansprüche auf Waisenrenten) gewährt. Endlich wurden noch 23 785 Beitragserstattungen festgelegt, wobei es sich um Anwartschaften aus der Zeit vor 1912 handelt.

Die Gesamtzahl der laufenden Renten betrug 1912 1 062 012. Der Höhepunkt des jährlichen Zugangs an Renten wurde im Jahre 1903 mit 80 434 erreicht. Seitdem (1904) wurde vom Reichsversicherungsamt auf eine Korrektur der Prüfung der Voraussetzungen für Rentenbewilligungen hingewirkt, mit dem Erfolge, daß sofort der Zugang an Renten auf mehr als die Hälfte und bis 1912 sogar bis auf ein Fünftel eingeschränkt wurde. Erst das Jahr 1912 brachte wieder eine kleine Steigerung, die sich im Jahre 1913 fortsetzte. Denn am 1. Januar 1914 wurden 1 102 165 laufende Invaliden-, Kranken- und Altersrenten und ein Zugang von 30 555 gezahlt. Ob damit die Periode der Rentenparität ihr Ende erreicht hat, bleibt abzuwarten. Inzwischen bleibt diese fast zehnjährige Periode ein dunkles Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterversicherung, denn es sind in dieser Zeit schätzungsweise 500 000 Renten weniger bewilligt worden, als nach der früheren jährlichen Zugangszahl zu erwarten gewesen wären. Welches soziale Elend diese Zahl birgt, bedarf kaum weiterer Darlegungen!

Sichtlich der neueingeführten Hinterbliebenenfürsorge wiederholt sich dieses Unrecht in anderer Form. Die gesetzlichen Leistungen für die Witwen und Waisen sind außerordentlich niedrig bemessen worden. Ueberdies wird als Voraussetzungen für den Bezug von Witwenrente Invalidität der Witwe verlangt. Nun hat sich aus den Rechnungsergebnissen zweier Jahre (1912 und 1913) bereits herausgestellt, daß die rechtliche Begründungen für die Hinterbliebenenfürsorge viel zu ungenügend aufgestellt waren, denn nicht allein haben die Beitragserhöhungen, wie S. Wollenbut in Nr. 6 1914 der „Neuen Zeit“ nachweist, anstatt der veranschlagten 39 172 649 Mk. mehr als 54 Millionen Mark Einnahmen ergeben, sondern die Zahl der rentenberechtigten Witwen und Waisen hat nicht einmal die Hälfte der veranschlagten Zahl erreicht. Eine Nachprüfung der Beiträge und Leistungen ist für das Jahr 1914 in Aussicht gestellt und wird hoffentlich zu dem Ergebnis führen, daß erhebliche Erweiterungen der Hinterbliebenenfürsorge in Aussicht genommen werden.

Es wurden im Jahre 1912 für Krankenrenten 2 224 487 Mk., Invalidenrenten 23 335 699 Mk., Altersrenten 2 012 142 Mk., für Witwen- bezw. Waisenrenten 293 620 Mk., für Witwenfrankenrenten 8 608 Mk. und für Waisenrenten 1 129 408 Mk. insgesamt für Renten 29 008 364 Mk. bewilligt. Die Durchschnittshöhe der Renten war für Krankenrenten 102,28 Mk. (1911: 177,48 Mk.), Invalidenrenten 186,98 Mk. (180,09 Mk.), Altersrenten 168,13 Mk. (168,30 Mk.), Witwenrenten 77,07 Mk., Witwenfrankenrenten 77,55 Mk. und Waisen-Stamrenten 80,90 Mk. Die letzteren gelten für alle Waisen der gleichen Familie zusammen. Für Witwenabfindungen wurden in 4120 Fällen 311 397 Mk. (im Durchschnitt 75,58 Mk.), für Waisenaussteuerungen in 109 Fällen 2422 Mk. (im Durchschnitt 22,30 Mk.), für einmalige Leistungen insgesamt 1 670 731 Mk. bewilligt.

Die Finanzierung der Invalidenversicherung ist durch die Erhöhung der Beiträge und durch Einführung der Zusatzmarken stark verändert worden. Die Beiträge in den 5 Lohnklassen, früher 14, 20, 24, 30 und 36 Pf., sind jetzt auf 16, 24, 32, 40 und 48 Pf. festgelegt. Ueberdies werden Zusatzmarken im Betrage von je 1 Mk. vorausgibt mit der Bestimmung, daß die Invalidenrente für jede gelöste Marke und für jedes Jahr vom Lösungstermin bis zur Rentenfestsetzung um 2 Pf. erhöht wird.

Die Gesamteinnahmen der Invalidenversicherung beziffern sich auf 344 868 839 Mk., die Gesamtausgaben auf 175 000 124 Mk., die Vermögensbestände auf 1 229 095 320 Mk. und der Zuwachs der letzteren auf 169 778 715 Mk. (1911 nur 97 203 834 Mk.). Die enorme Vermögensvermehrung ist auf

das Konto der Beitragserhöhungen und der Ersparnis von Beitragserstattungen zu buchen, denen nur ganz unerhebliche Ausgaben für Hinterbliebenenfürsorge gegenüberstehen. Die Ausgaben für Renten betragen 121 787 877 Mk., für Witwenabfindungen 101 154 Mk., für Waisenaussteuerungen 658 Mk., für Beitragserstattungen 1 670 731 Mk., für Versicherungen 21 609 556 Mk., für Invalidenversicherung 1 060 085 Mk., für Waisenabfindungen 339 Mk., für Mehrleistungen nach § 1400 der R.V.G. 1 793 177 Mk., für Bewältigung 14 851 552 Mk., für Erhebungen bei Bewährung oder Entziehung von Renten 2 283 284 Mk., für Berufs-, Rehabilitations- und Beschwerdeverfahren 708 393 Mk., für Beitragserhebung und Kontrolle 5 907 404 Mk., für Kursverluste 63 580 Mk. und für sonstige Ausgaben 1 422 647 Mk.

Von 1900-1912 sind die Einnahmen der Invalidenversicherung von 156,3 Millionen Mark auf 344,8 Millionen Mark oder um 188,5 Millionen Mark gewachsen, die Ausgaben dagegen nur von 73,2 Millionen Mark auf 175,0 Millionen Mark oder um 101,8 Millionen Mark und die Vermögensbestände von 847,1 Millionen Mark auf 1 229,0 Millionen Mark oder um 1081,9 Millionen Mark. Fast 2 Milliarden liegen bereit und Hunderttausenden wird die fähigste Hilfe versagt. Das ist ein Zustand, unwürdig der deutschen Sozialversicherung und auf die Dauer unhaltbar.

Im gesamten Reich der Arbeiterversicherung ist im Jahre 1912 an Entschädigungen die Summe von 771 702 303 Mk. geleistet worden. Das ist eine gewaltige Summe, sie verliert aber sofort an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß sich dieser Betrag auf etwa 7 1/2 Millionen entschädigter Personen verteilt. Dazu kommt, daß von dieser Summe allein von den Verhinderter durch Beitragserstattung 421 289 847 Mk. aufgebracht wurden. Von den Arbeitgebern sind zu den Kosten der gesamten Arbeiterversicherung im Jahre 1912 479 852 035 Mk. beigetragen worden und aus den Mitteln des Reichs wurden 54 872 015 Mk. an Zuschüssen geleistet. Ganz abgesehen davon, daß in letzter Linie auch die Arbeitgeberbeiträge von den Arbeitern aufgebracht werden, geht schon aus der Verteilung der Kosten hervor, wie wenig man Ursache hat, fortgesetzt in hochtönenden Worten von der gepriesenen Sozialreform Deutschlands zu reden, und wie ungerechtfertigt die Klagen des Unternehmertums sind über die enorme Belastung durch die Kosten der sozialen Arbeiterversicherung. Wie gering sind doch die Aufwendungen der Unternehmer gegen die Opfer an Leben und Gesundheit, welche die Arbeiterschaft alljährlich im Dienste des Unternehmertums darbringt, und wie kümmerlich nehmen sich dagegen die Entschädigungen aus, welche die verunglückten, erkrankten oder invaliden Arbeiter oder im Todesfall ihre Hinterbliebenen erhalten. Entschädigungen, zu denen die Arbeiterschaft selbst einen ganz erheblichen Beitrag leisten muß. Dabei wurde durch eine reaktionäre Gesetzgebung das Verwaltungsrecht der Arbeiterschaft bei den Krankenfällen erheblich eingeschränkt, während man andererseits bei der Unfallversicherung den Versicherten jedes Mitbestimmungsrecht verweigert und die Verwaltung der Invalidenversicherung der Bureaukratie überläßt.

Trotz dieses reaktionären Zuganges in unserer sozialen Versicherungsgebung wird die deutsche Arbeiterschaft den Kampf für die Selbstverwaltung nicht aufgeben. Sie wird ständig bemüht sein, die Praxis der Versicherung mit sozialem Geist zu erfüllen, um sie zu einer wirksamen Versicherung der Arbeiter gegen alle Notfälle des Lebens auszugestalten und das gesunde Prinzip zur Anerkennung zu bringen: für die Arbeiterschaft und durch die Arbeiterschaft!

Unter Gewerbe im Lichte des Berliner Handelskammerberichtes.

Die ungünstigen politischen Verhältnisse, die das ganze Jahr hindurch die Welt benutzten, die Verflechtung des Weltmarktes, die rückgängige Konjunktur der Schwerindustrie und schließlich die bevorstehende Wehrreue bewegen das sonst kaufkräftige Publikum, seine Bedürfnisse, namentlich soweit Luxusartikel in Frage kommen, auf das Allernotwendigste zu beschränken.

Das Jahr 1913 ist daher für die Kurz- und Galanteriewarenbranche ein so ungünstiges gewesen, wie kaum eines zuvor. Firmen, die sonst groß disponierten, beschränkten ihren Einkauf auf das Allernotwendigste, um ihr Lager nicht unnötig zu belasten, zumal die gleichen ungünstigen Verhältnisse das Weihnachtsgeschäft 1912 stark beeinträchtigt hatten. Infolgedessen war besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1913 das Geschäft sehr schwach; auch die Warenhäuser machten keine Ausnahme.

Ähnlich lag es bei dem Export. Die noch undurchsichtigen Verhältnisse des neuen amerikanischen Zolltarifs konnten das Geschäft noch nicht beleben, doch ist, wenn erst die niedrigeren Tarife ihre Anwendung finden werden, ein Aufschwung zu erhoffen.

leben und nicht wie jüdische Böde gegeneinander angehen. Die gewerkschaftliche Erziehungsaarbeit wird hier allerdings noch viel zu leisten haben, ehe wir diesen Zustand erreichen."

Vom Stuttgarter Kriegsschauplatz

Die Kollegen und mit ihnen die Gesamtgewerkschaft der Automobilfabriken Meutter u. Co., hier, und Auer, Gammhart, kämpften nun schon 10 Wochen gegen Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der im Februar dieses Jahres gegründete Arbeitsnachweis des Metallindustrieverbandes spielt dabei eine eigenartige Rolle. Arbeitern, die ihren kämpfenden Brüdern nicht in den Rücken fallen wollen, wird erklärt, daß sie sich auf dem Nachweis nicht mehr um Arbeit zu bemühen brauchen; also Profitsmachern derjenigen, die nicht zu Verrätern an der Arbeiterfront werden! Die wenigen Arbeitswilligen, die auf diese Weise eingetangelt werden, erklären: "Machen wir den Streikbrecher nicht, so bekommen wir keine Arbeit mehr vermittelt." Die als Arbeitswillige Anserichenen werden nicht am Schalter eingestellt, sondern in den Vermittlungsraum selbst geführt und von hier durch die Seitentür entfernt, in Begleitung von eigenen Beamten oder des neu eingestellten Kalkulators der Firma Meutter. Herrn Widmann, mittels Autos in den Betrieb geföhrt. Am Eingang ist ein Geheimpolizist postiert, der darüber zu wachen hat, daß den Herren Arbeitswilligen kein Leid geschieht. Damit diese nicht mit dem Streikposten in Berührung kommen, werden sie abends - um 7 1/2 Uhr im Arbeitsklub, über Mittag wird durchgearbeitet - in Begleitung dieser Unternehmerrübe, soweit sie in der Nähe der Fabrik wohnen, nach Hause gebracht, die übrigen per Auto verpackt nach Hause befördert. Der Industriellenachweis konnte zum Leidwesen der Firmen, trotz seines Terrorismus, den er auf Arbeitslose ausübt, nicht die nötige Anzahl Mannstreiker liefern, um die Betriebe aufrecht erhalten zu können. Auch auf die vielen Inzerate, die von ihm unter der Firma "Anwaldendank" inselassen, wollten nur wenige antworten. Nachdem sich 14 Tage vergangen waren, ging das Gerücht, die Firma Meutter habe berufsmäßige Streikbrecher in Hamburg angeworben. Zum erstenmal sollte die Stuttgarter Arbeiterfront Hingegardisten aus nächster Nähe kennen lernen. Die Firma hatte Vorbereitungen zum Empfang ihrer Schützlinge getroffen. Matratzen wurden in den Betrieb geschafft, damit die Arbeitswilligen mit der Augenwelt nicht in Berührung kommen. Nachts zwischen 9 1/2 und 10 1/2 Uhr wurden die unheimlichen Gestalten durch sechs Autos von der Bahn abgeholt und direkt in den Betrieb befördert unter Spalierbildung der Streikenden. Der erste Trupp war 30 bis 35 Mann stark, zwei weitere in geringerer Zahl folgten einige Wochen später nach. Die Firma Auer bekam eine Ladung aus Berlin, wovon die Streikenden ebenfalls unterrichtet waren. Herr Buchhalter Tilgen, als Leiter des Transports, hielt es deshalb für ratsam, denselben schon in Vettingheim auszuladen, wo Autos zur Weiterbeförderung bereit standen. Mit hohen Geldbussen wurde die Fahrt unspannt, um die kostspieligen Arbeitskräfte den Blicken der Öffentlichkeit zu entziehen. So billigen brechen diese Leute den Streik nicht, sie verlangen Anerkennung ihres Tariffs! Mit den Arbeitern darf ein solcher Beistand nicht mehr abgeschlossen werden, das ist nur im Kriegsgebiet erlaubt. Bei vollständiger Fehlschlagung und Exakter muß die Firma Meutter 28 Mk., die Firma Auer 36 Mk. Wochenlohn dem einzelnen zahlen. Dazu kommen noch die Transportkosten von Hamburg und Berlin, 3 Mk. Vermittlungsgebühr, 50 Pf. pro Mann und Tag Speisen an den Agenten, 1-2 Mk. Zulage an die Vortarbeiter. Mit diesen Summen könnte die Lohnserhöhung, die die Streikenden fordern und nicht bekommen sollen auf drei Jahre befristet werden. Bei Meutter haben die Arbeitswilligen in den letzten Tagen Lohnforderungen gestellt und erhielten auch 2 Mk. mehr pro Woche. Ein Drittel der Garde wurde gleich nach ihrer Ankunft, weil zu jeglicher Arbeit unfähig, wieder entlassen. Außerdem wurden auch noch Arbeiter mit angeworben durch die verlockende Verprechung, hohen Lohn in einer neu eröffneten Automobilfabrik in Stuttgart zu erhalten. Streikarbeit sei ausgeschlossen. Mit solch anlauneren Mitteln wurde Arbeitergang betrieben. Die wachsenden Bänke erklärten den so diapierten Reizgenossen während der Wohnfahrt, die erst bei ihrer Ankunft erführen, daß sie zum Verräter werden sollten, sie arbeiten in Stuttgart auf Kampf, wofür sie bis jetzt den Beweis reichlich angetrieben haben. Ein gewisser Kirchhoff, wie er sich nennt, hat einen Streikposten hinterwärts mit einem Knäppel verprügelt und wurde dann von einem Schutzmann am Weiterziehen verhindert. Es ist ihm aber kein Haar gekrümmt worden, seinen Knäppel soll er wieder erhalten haben. Derselbe Geld traktierte dann noch einen jungen Kollegen mit den Äußern, der ebenfalls unter Vorpiegelung falscher Tatsachen angeworben worden war, und drohte ihm mit den Worten - was durch Zeugen vor Ge-

richt bestätigt wurde: "Nach einem Jahr, dann mache ich dich kalt!" Er fand aber milde Richter. Der Staatsanwalt beantragte 30 Mk. Geldstrafe, das Gericht ermäßigte die Strafe auf 20 Mk. Wegen "Erregung bei Streiks" wurden dem Richter und mehrere Umstände zugerechnet. Der 22-jährige Arbeitswilligenagent der Firma Auer, Alfred Zander aus Berlin, verprügte ebenfalls am eigenen Leib, daß seine Truppe auf Kampf arbeitet. Eine Anzahl traktierte ihn mit Cheisgen und sonstigen Schlägen, jagten und trieben ihn auf die Straße und spudten ihm vor den verarmten Zuschauern wiederholt ins Gesicht. Als die Fragelöhner Auer wegen Einhalten des Lohnes vor dem Gewerbegericht verklagten, erklärte der Vertreter, Herr Tilgen, daß die Arbeitswilligen nur von ihren Agenten eingestellt seien, die Firma habe nur mit diesem Abmachungen getroffen. Das Gewerbegericht wies im Angelegenheit die Klage ab. Die Arbeitswilligen wollten nur ihren Agenten halbtier machen, dabei

Unser Beruf.

Wenn die Menschen die Jahre der Kindheit hinter sich haben, dann treten sie ins Leben. So sagen es die Menschen wenigstens; bei den meisten bedeutet dieser Schritt aber in Wirklichkeit nicht ein Ausstreben. Sie ergreifen wohl einen Beruf und treten damit in gewisse enge Kreise des Lebens, aber nicht in das, was man in des Wortes vollendetem Sinne "Leben" nennt. Statt frisch-fröhlich mitten im sfließenden, pulsierenden, aufwärts drängenden Leben zu stehen, sitzen sie gleichmäßig abwärts da und blicken und rechnen und arbeiten in Fabriken und Werkstätten und schreiben und leben bei all dieser Arbeit ihres kleinen Berufes nichts von jenem freien Entwicklungswege, von jenem ewigen, hinaufführenden Wege, den das Leben geht, und von all den Tugenden, die auf jenem Wege noch auszufüllen sind von treuen Mitarbeitern und unermüdbaren Mitstreitern. Und diese Menschen sagen dann, sie ständen im Leben.

Wer im Leben stehen will, der darf nicht nur in einem kleinen Spezialgebiete tätig sein und im übrigen dem Leben fremd gegenüberstehen. Der kleine Alltagsberuf ist noch nicht das Leben. Das Leben ist für den Kulturmenschen ein viel, viel weiterer Begriff. Zum Leben gehört nicht nur ein reiches materielles Gelingen, wie es vielen der Beruf allenthalben erlaubt - Tausenden aber auch noch lange nicht - zum Leben gehört auch ein reiches, ungeschütztes Verweilen von allem Schönen, Höhen und Edlen, ein Sichverweilen in Kunst und Wissenschaft, ein frohes Schauen all der Reize der Natur. Groß, weit und tief ist für den modernen Menschen das Leben und nur der steht im Leben, der dieses schöne, große Leben wirklich erkannt hat und nun danach strebt, es sich und allen Brüdern zu erringen.

Grungen wird dieses Leben aber nur, wenn unsere wirtschaftliche Lage eine durchgreifende Aenderung erfahren hat, da in der wirtschaftlichen Existenz unter ganzem Dasein wurzelt. Eine solche durchgreifende wirtschaftliche Aenderung aber wird von der freien Gewerkschaftsbewegung erkämpft, und darum muß man ihr angehören, wenn man wirklich mittätig im Leben stehen will. Daraus, daß wir als Glieder einer großen, freien wirtschaftlichen Organisation durch diese Organisation für eine Mianführung des Lebens streiten, beweisen wir, daß wir unsere Stellung im Leben in ihrer ganzen Größe erfasst haben, daß es uns im Grunde mit dem höchsten Alltagsberuf nicht getan ist, daß wir vielmehr unseren wahren Beruf gefunden haben, den einen Lebensberuf: mitzuwirken, soweit es in unseren Kräften steht, zur materiellen, geistigen und seelischen Erhebung und Entfaltung des Ganzen.

stellte sich heraus, daß dieser in der Nacht spurlos verschwunden war. Nachdem die Luft rein war, kam er wieder zurück. Bei einer weiteren Klage eines Arbeitswilligen gegen die Firma Meutter kam ein Vergleich zustande. Anfangs brante es bei Auer. Eine Anzahl Streikender wurde als Brandstifter verdächtigt und verhaftet, mußte aber wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Von der Hingegarde, die den ganzen Tag über mit brennenden Zigaretten im Betriebe spaziert, kam keiner in den Verdacht. Nach Feierabend und Sonntag geht es sibel zu in den Betrieben, Ziehharmonika, Tabak und Alkohol sorgen für Kurzweil und Unterhaltung. Daß dabei auch die Liebe entzündet, ist nicht weiter verwunderlich. Bei Meutter soll es aber die Liebe eines Mannes zu einem Jüngling gewesen sein. Die Arbeitswilligen, die nebeneinander auf Strohsäcken schlafen, erzählen das selbst, und die müssen es ja am besten wissen. Daß die Firmen bei ihrem Liebeswerben mitunter auch an die richtige Adresse gelangen, zeigt folgender Brief, den wir unseren Kollegen nicht vorenthalten wollen:

"Hr. Firma Meutter u. Co. Auf mein Angebot um die Stelle eines Zeichners im Deutschen Arbeiterklub ist mir Ihr Schreiben zugegangen, aus welchem hervorgeht, daß ich sofort bei Ihnen eintreten kann. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß ich bereits 1911/12 bei Ihnen beschäftigt war. Sollte dies der Fall sein, so muß ich es bedauern, daß Sie mir nicht mehr Erbgefühle zutrauen, als an meinen früheren Arbeitskollegen, denen ich nicht das wenigste der Kenntnisse verbanke, die Sie von mir beanspruchen, zum Verräter zu werden. Zudem hatten sich nach Zeitungsberichten in Ihrem Betriebe eine Anzahl Hingegardisten auf, mit denen zusammenzuarbeiten schon aus Menschlichkeitsgründen jeder ehrliche Arbeiter ablehner muß. Die Frage der Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Organisationen ist mit einem Unternehmern, der für sich das Recht beansprucht, dem radikalsten Schornsteinverwand anzugehören, den Arbeitern oder das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht vorzuziehen, überhaupt nicht diskutabel. Ich werde daher von Ihrem Angebot den einzig richtigen Gebrauch machen und es, meiner gewerkschaftlichen Pflicht entsprechend, der Streikleitung zuwenden."

In den ersten Wochen wurden Verhandlungen vor dem Gewerbegericht angeboten, von den Firmen aber abgelehnt. Ende Mai fanden solche mit dem Metallindustrieverband statt. Zugeständnisse wurden weder bei der Arbeitszeitverkürzung noch bei Erhöhung der Löhne gemacht. Die Arbeiter sollen froh sein, daß ihnen keine Lohnnagige gemacht werden. Die im abgelaufenen Vertrag vereinbarten Mindestlöhne sollen bei Neueinstellungen ebenfalls nicht mehr in Betracht kommen. Niedrigere Löhne haben die Grundlage zur Einführung der Accordarbeit zu bilden; das ist das Ideal, das die beiden Firmen aufsteben. Dieses Resultat wurde von der Gesamtgewerkschaft einstimmig abgelehnt. Der Kampf geht weiter. Zuzug von Sattlern, Metallarbeitern, Holzarbeitern und Radierern ist streng fernzuhalten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Arbeiter der Karosierfabrik L. Wehling, Altkesseln, stehen in einer Lohnbewegung. Verlangt wird eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9 1/2 Stunden täglich und Festlegung der Löhne. Nach der ersten Unterredung verlangte Herr Wehling von den Sattlern, eine Nacht durchzuarbeiten, um eine eilige Arbeit für eine langjährige Kundin fertig zu stellen. Mit Rücksicht auf die zu erwartende niedrige Verhandlung in der Tariffrage willigten die Sattler ein. Am nächsten Tage aber, nachdem die Arbeit geleistet war, wurde sämtliche Sattlern gekündigt. Auf dieses wenig schöne Vorgehen des Herrn Wehling wurden weitere Verhandlungen von der Zurücknahme dieser Kündigung abhängig gemacht. Da dieses strikte abgelehnt wurde mit der Erklärung, unter seinen Händen die Organisationen anzuerkennen und einen Vertrag mit diesen abzuschließen, richteten die beteiligten Branchen einstimmig die Kündigung ein. Die Firma wird nun in vielen Zeitungen nach Arbeitskräften inserieren. Unsere Kollegen wollen dieses beenden und den Zuzug nach diesem Betrieb fernhalten.

Der Kampf in den Linke-Solmann Werken, Prieslau, wird nun schon 22 Wochen mit unverminderter Heftigkeit weitergeführt. Während der dreiwöchigen Verhandlungen zwecks Herstellung eines ehrenvollen Friedens ist die Betriebsleitung den Arbeitern nicht entgegengetreten. Auch wie vor will sie von den gemachten Lohnabzügen nicht um einen Pfennig zurückgeben. Die Firma stellt ein Ultimatum, wenn bis zum 6. Juni die Arbeit nicht aufgenommen wird, dann wird jede weitere Verhandlung abgelehnt. Die Arbeiter nahmen dazu Stellung und mit 3482 gegen 3 Stimmen wurde die Fortführung des Kampfes beschlossen. Da die Firma bemüht ist, Streikbrecher aus allen Gegenden Deutschlands heranzuziehen, erwarten wir von unseren Kollegen, daß sie jedes Arbeitsangebot der Linke-Solmann Werke ablehnen und Zuzug nach Prieslau streng fernhalten.

Aus unserem Beruf.

An den Frager! Das in Frankfurt a. M. erscheinende Organ des schwarzen Lederarbeiterverbandes gibt allgemein als Sammelbeden niederrätlicher Verleumdungen und Lügenbettelien. Es widerstrebt einem, auf die fast in jeder Nummer veröffentlichten Anpreisungen dieses sauberen Organs einzugehen. Doch unser Stillschweigen gilt der Schriftleitung als Aufforderung, ihren Subjekt immer mehr zu entzieren. Es erscheint deshalb notwendig, ihn und wieder einmal aus der Reserve herauszutreiben, die christliche Verleumdungsmannier in ihrer ganzen Unverschämtheit zu beleuchten und der Öffentlichkeit zu beweisen, mit wie wenig Recht die christliche Lederarbeiterorganisation von sich sagen darf, daß sie Arbeiterinteressen vertritt. Dabei wollen wir nicht einmal unserer Sammelmappe christ-

haber Verhandlungen und beschäffiger Kompromisse öffnen, sondern begünstigen uns mit dem Abdruck einer Notiz aus dem schwarzen Ergon vom 13. Juni 1914. Diese lautet:

„Die sozialdemokratisch organisierten Streikenden Sattler in der Münchener Gießhirs- und Sattlerbranche sind sämtlich umgefallen —, d. h. zum Streikbrecher geworden, das ist das Neueste, was von dieser Bewegung zu melden ist. Kaum 8 Tage im Streik geblieben, hatten diese Helden, ohne einen kritischen Grund, Angst vor ihrer eigenen Conrage bekommen und sind samt und sonders ohne jedwede Verhandlung und ohne mit etwas zuzugeben erhalten zu haben in die Petriebe zurückgekehrt und haben die Arbeit wieder aufgenommen. Den Münchener Sattlerkollegen aller Branchen ist natürlich durch diesen Meistfall der denkbar schlechteste Dienst erwiesen, wie es auch wohl ganz vereinzelt dastehet, daß eine ganze Berufsgruppe, fast so einmütig wie sie den Streik beklaffen, ebenso einmütig zum Verräter an der Arbeiterfrage wird. Aus künftigen lassen sich natürlich nur die Fabrikanten, die tatsächlich ihre roten Trabanten richtig einschäkten. Obwohl der Unfall der Sattlergenossen am 24. Mai eine bereits vollzogene Tatsache, weiß die rote „Sattler und Portefeinler-Zeitung“ bis zum 6. Juni noch nichts davon zu berichten.“

Wenn das schändliche Blatt nur einen künftigen Wahrheitsliebenden in sich verspürt, so dürfen wir erwarten, daß es in der nächsten noch nicht druckfertig abgeschlossenen Auflage folgende, der Wahrheit entsprechende, Wichtigkeit veröffentlichen wird:

1. Der Streik der Münchener Gießhirs- und Sattlergenossen dauerte acht Tage. Von den in Streik getretenen Sattlern ist kein einziger zum Streikbrecher geworden.

2. Die Aufhebung des Streiks wurde gemeinsam mit den Christlichen beschlossen.

3. Im Gegensatz zu der christlichen Behauptung steht fest, daß Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden haben, und daß alle am Streik beteiligten Kollegen eine Lohnaufbesserung erhalten haben. Die meisten erhielten 5 Pf. und mehr Zulage pro Stunde.

4. In zwei Werkstätten sind die Arbeiter nicht in den Streik getreten, da sie sofort 10 Proz. Lohnzulage erhielten. In der dritten Werkstätte, in der des Vorstehenden des Landesverbandes Bayerischer Sattlermeister, wurde ebenfalls nicht gestreikt. Hier hat ebenfalls unser Genosse die Verhandlungen geführt. Wenn der Meister ihm gegenüber auch keine Zugeständnisse gemacht hat, so gewährt er doch „Freiwillig“ seinen Gehilfen eine Lohnerböschung von 8-10 Proz., und jährlich einen achtstägigen Sommerurlaub.

Vom „Ergon“ der Fabrikwohnungen. Die organisierte Arbeiterschaft hat es sich von jeher angelegen sein lassen, das den Unternehmern so gewinnbringende System der Fabrikwohnungen zu beseitigen. Wie berechtigt dieser Kampf ist, beweist uns ein Fall, von dem ein Mitglied unseres Verbandes betroffen wurde. Die bekannte Erdmannsdorfer Wästenfabrik beschäftigt in ihrem Betriebe eine Anzahl Arbeiter, die zum guten Teil in Fabrikgebäude wohnen. Die Mieten sind verhältnismäßig teuer und werden bei nicht pünktlicher Entrichtung gleich vom Lohn abgezogen. Das schlimmste aber ist, was gegen den Stachel zu lösen mag, wird nicht nur aus der Arbeit entlassen, sondern auch wohnungslos gemacht. Ein in der Wästenfabrik zu Erdmannsdorfer beschäftigter Sattler protestierte gegen eine große von der Betriebsleitung vorgenommene Lohnreduzierung. Dies war dem Herrn Direktor eine willkommenen Gelegenheit, dem ihm verhassten Agitator eins auszuwichen. Er mußte nicht nur den Betrieb verlassen, ihm wurde auch die Wohnung sofort gekündigt. So steht es aus mit der viergerühmten Freiheit und der gesüllten Kompartischheit. Wer es wagt, bei den teuren Lebensmittelpreisen gegen willkürliche Lohnreduzierungen zu protestieren, der scheidet aus der Arbeit und wird obdachlos gemacht. Was schert es den Kapitalisten, wenn Frau und unmündige Kinder darunter leiden müssen. Nicht es doch schon in der Bibel: „Ich werde Euch strafen bis ins dritte und vierte Geschlecht!“ Dafür leben wir auch in einer göttlichen Weltordnung. Es fragt sich nur: „Wie lange noch?“

Korrespondenzen.

Breslau. (13. 6.) In unserer Versammlung am 6. Juni sprach Kollege Nibel-Berlin über: „Die deutschen Gewerkschaften, eine Kulturbewegung“. Redner besprach in seinem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat die Kämpfe zwischen Arbeiterschaft und Kapitalismus, die schon in ganz früher Zeit stattfanden. Vorkerer habe schon von jeher alle Mittel angewandt, um die Arbeiterschaft auf eine möglichst niedrige Kultur-

stufe zu bringen und auch zu halten. Allmählich sah man ein, daß der einzelne gegen eine solche Macht nichts ausrichten könne, es wurde der Zusammenstoß gausiger Berufsgruppe gepredigt, und so entstanden die Gewerkschaften. Durch unglückliche Kämpfe ist es ihnen gelungen, schon ein gutes Stück vorwärts zu kommen zu ihrem gesteckten Ziel. Die Verbesserung der Lohnverhältnisse, die Verkürzung der Arbeitszeit, die verschiedensten Unterstüßungen, namentlich bei Arbeitslosigkeit, die Bildungsmöglichkeiten und vieles andere seien Errungenschaften der Gewerkschaften, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Von der Allgemeinheit speziell aus unirenen Verband übergehend, bewies Redner durch Beispiele, daß auch wir als kleine Gewerkschaft immer andere Recht getan haben und könnten daher getrost einen Vergleich mit großen Gewerkschaften ausstellen. In der weiteren Diskussion wurden nochmals die gegenwärtigen Verhältnisse im Bau und besonders die im hiesigen Orte eingehend besprochen und wurde dem Redner des Abends als dem Vertreter des Zentralvorstandes so mancher Wunsch innersichtlich mit auf den Weg gegeben. Heber den gegen-

Gerechtigkeit.

Alles verzeihen heißt alles verzeihen, lautet ein bekannter Ausspruch. Ein tiefer Sinn steckt in dem Worte. Das ganze Sinnen und Handeln des Menschen ist ein Ausfluß seiner Veranlagung und niemand kann gegen dieses sein Wesen ankämpfen. Seine Natur hat der einzelne nicht selber geschaffen; die Verhältnisse, unter denen er lebe und unter denen seine Tüder leben, haben sie gemacht. Jeder ist ein Produkt von Milieu und Ererbung, und darum ist jeder in seinem Handeln frei von Schuld im Alltagsleben. Wir wissen das und kennen darum keine blinde Verurteilung jener Brüder, die unter ungünstigeren Verhältnissen lebten und darum auch nicht so weit entwidelt sind wie wir. Wir verzeihen sie, und darum verzeihen wir ihnen und möchten, hatt sie zu strafen, sie zu bessern suchen.

Reich anderer Geist ist das als der, welcher heute herrscht. Das kommt eben daher, daß man in jenen letzten Kreisen, die heute die Herrschaft haben, nicht verfahren kann, daher, daß unsere kapitalistische Ordnung eine Klasse geschaffen, die dem tätigen Leben fernsteht und dennoch zu Nichtern über die Menschen jenes schaffenden Lebens berufen ist. Wir stehen mitten darin im Leben, sehen alle Tage, wie das Leben die Menschen bildet und formt, fühlen an uns selbst, wie die äußeren Verhältnisse, die Nahrung, oft gar der Hunger auf den Menschen einwirken, und darum verzeihen wir jene Ungläublichen, darum verzeihen wir ihnen, während sie von jenen letzten Pharisäern verständnislos verdammt werden. Sie mögen von ihrem Standpunkte aus nach bestem Wissen und Gewissen urteilen: Gerechtigkeit von heute. Es gibt aber auch eine höhere Gerechtigkeit und die ist nur möglich bei dem, der alles verstehen und alles verzeihen kann.

Wollen wir diese Gerechtigkeit im Leben walten lassen, so müssen als erste Voraussetzung die Klassen-gegenstände beseitigt sein. Nur wenn es ein einheitliches Volk gibt, nur wenn auch der Nichter aus diesem einen schaffenden Volke kommt, nur wenn das gleiche pulsierende Leben draußen den Nichter wie den Angefaulsten gemacht hat, nur dann ist Gerechtigkeit möglich, höhere, edlere Gerechtigkeit. Sie ist ein Stück des Zieles, den unser Kampf erkredt, und daß er auch den Ungläublichsten unserer Brüder Teil bringt, zeigt uns den so unendlich tiefen sittlichen Haß unseres gewerkschaftlichen Ringens.

wärtigen Stand der Ausperrung bei Linke-Hoffmann ist zu berichten, daß die Ausgesperrten die einzigen Zustände der Direktion in mehreren großen Versammlungen in gemeinsamer Abstimmung nahezu einstimmig abgelehnt haben, da sie der festen Überzeugung sind, daß dieser lange Kampf für sie noch ein günstiges Resultat zeitigen wird. Ein hiesiger Marktmaschinenfabrikant, der von hiesigen Kollegen nach Möglichkeit gemieden wird, da seine Eigenschaften als Arbeitgeber nichts mehr wie alles zu windigen übrig lassen und er daher mit uns auf dem Kriegsfuß steht, suchte vor kurzer Zeit in unserer Nachzeitung Täuscher. Dieses Inserat wurde von den Kollegen stark kritisiert, es wurde der Wunsch ausgesprochen, in Zukunft solch fragwürdige Inserate vor einer Rücksprache mit der betreffenden Ortsverwaltung nicht aufzunehmen.

Aus anderen Organisationen.

Die Zeit der Pfingsten ist die bestgeeignete zur Abhaltung von Arbeiterkongressen. Auch in diesem Jahre wurden eine große Anzahl von Verbandstagen abgehalten, auf die wir Raum es halber nur kurz eingehen und nur die wichtigsten Beschlüsse referierend wiedergeben können.

Der sechste Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, der vom 18. bis zum 24. Mai in Dresden stattfand, hatte sich in der Hauptsache mit der Verdingelungsfrage und mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung zu befassen. Die Anträge, die eine Verdingelung mit dem Arbeiterverband fördern, wurden dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Ferner beschloß der Verbandstag die Einführung der Erwerbslosenunterstützung mit 59 gegen 17 Stimmen. Die Beiträge werden um 10 Pf. die Woche erhöht. Die Unterstüßungsabrechnung tritt nach 2wöchiger Beitragsleistung ein und beträgt täglich 1 Mk. Vom vierten Tage an kann bezogen werden bis zu 36 Mk.; die Höchstsumme steigt bis zu 72 Mk. nach 20wöchiger Beitragsleistung. Weibliche und jugendliche Mitglieder erhalten die Hälfte. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Änderungen der Verdingelung wurden angenommen. Danach hat dieser bei der Entscheidung in wichtigen Fragen der Taktik bei Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen mitzuwirken. Die Mitglieder des Rates sind vom Verbandstag aus dem im Verbands vertretenen Branchen zu wählen. Der wöchentliche Beitrag wurde in allen Klassen um zehn Pfennig erhöht und die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen.

Auch der Textilarbeiter-Verband hatte dieselbe Zeit und denselben Tagungsort zur Abhaltung seiner 12. Generalversammlung erkoren. Nach dem Bericht des Vorstandes hat auch diese Gewerkschaft unter der Krise zu leiden. Die Mitgliederzahl sank im Jahre 1913 von 112.684 auf 138.979. Die weiblichen Mitglieder, die 10 Prozent der Gesamtmitgliedschaft ausmachen, sind am Rückgang nur mit 14 Prozent beteiligt. Der Verband hat ein Informationsorgan, dessen Aufgabe ist, die Schwankungen des Geschäftsganges zu beobachten, die Mitglieder Nachrichten zu übermitteln, die Arbeitsverhältnisse zu erkunden und Agitationsmaterial zu liefern. Wie man sieht, sehr verschiedenartige Aufgaben. Beschlossen wurde, daß die weitere Verkürzung der Arbeitszeit mangelsrecht anzutreiben sei, besonders jedoch der freie Samstagvormittag und die Verkürzung der Überstunden. Auf diese Weise sei die Forderung eines neunstündigen Arbeitstages für die gesamte Textilindustrie vorzubereiten. Ein Reichstag verpflichtet sämtliche Verwaltungsstellen, wöchentlich mindestens 5 Pf. Ortsbeitrag zu erheben. Ferner soll die Vertragsleistung brandenweise geregelt werden. Gewerkschaftliche Verfassungen wurden erörtert bei einem Antrag auf Einsetzung eines Aktionsausschusses. Bei der Begründung wurde von einem Delegierten die durch die Entwidlung der Gewerkschaftskämpfe bedingte Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder bei Bewegungen geschildert. Die Unternehmern könnten sich schneller und gründlicher verdingen als die Arbeiter, daß ferner Polizei und Gerichte in einer Weise wirken, die für die Unternehmern vorteilhafter sei als für die Arbeiter. Für die Unternehmern sei es wichtig, die Arbeiter in für sie ungünstige Kämpfe zu drängen, um ihre Kräfte zu leeren. Die Leitungen dürften es aber nicht zu solchen Kämpfen kommen lassen. Schon daraus entpringen Mißbilligungen. Zur die Textilarbeiter beste die Unberücksichtigung der Marktlage eine weitere Schwierigkeit. Darum müsse man Verträge über Streiks und große Bewegungen in geheimen Sitzungen fassen. Bei solchen entscheidenden Beschlüssen müsse aber ein Vertretungskörper mitwirken. Es befänden überlebte Verfassungsformen, die zu Mißbilligungen zwischen Vorstand und Mitgliedern führten. Dies werde sich in Zukunft noch verschärfen und Anträge auf einen solchen Vertretungskörper würden so lange wiederkehren, bis den Wünschen der Mitglieder nach mehr Mitbestimmungsrecht Genüge geschehen sei. Die Antragsteller verlangten den Ausschluß nicht aus Mitfrauen gegen den Vorstand, sondern um dem Mitfrauen der Mitglieder vorzubeugen. Ein Vorstandsvertreter hob hervor, daß die Geheimhaltung der Beschlüsse über Kämpfe notwendig sei. Was würde in diesem Falle aber durch einen Aktionsausschuss geändert? Wenn die Beschlüsse geheim bleiben, so werden das Mitbestimmen und die Mitbestimmung sich auch gegen ihn richten; hält er die Absichten der Gewerkschaft nicht geheim, so ist der Schlichtplan verraten und die Unternehmern können sich danach einrichten. Beschlüsse größerer Vertretungskörper werden aber selten geheim bleiben. Ob Aktionsausschuss oder nicht, sei keine Frage der Demokratie, sondern der Taktik. Die Geheimhaltung der Beschlüsse sei eine Quelle des Mißtrauens, die kein Aktionsausschuss verstopft. Er empfahl eine Erklärung, die den Aktionsausschuss verwirft und die Einsetzung eines besonderen Streitleiters befürwortet. Bei der Forderung vorzuziehen rasi sämtliche Redner die Forderung nach dem Aktionsausschuss. Nach eingehender Erörterung wurde die Sache der Statutenberatungskommission überwiesen, desgleichen ein Antrag, wonach die Ganztagskongressen des Verbandes erklärt und mindestens alle sechs Monate einberufen werden sollen. Die Kommission legte der Generalversammlung folgende

Resolution vor, die dann auch einstimmig angenommen wurde, ebenso ein Antrag, wonach die Geschäftsführung an den Konferenzen teilnehmen sollen.

Die 12. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärte sich gegen die Einführung eines Aktionsausschusses und beschloß: Die üblichen Gausleiter-Konferenzen werden beibehalten.

An den Gausleiter-Konferenzen nehmen mit beschließender Stimme teil: der Zentralverband, die Gausleiter und die Mediatoren.

Der Verbandsauschuß kann zur Information auf diesen Konferenzen vertreten sein.

Die Gausleiter-Konferenzen sind auf eigene Entschlieung, auf Beschluß des Zentralverbandes, auf Antrag von sieben Gausleitern oder des Aktionsausschusses vom Zentralverband einzuberufen.

Die Gausleiter-Konferenzen haben sich zu beschäftigen mit: 1. Agitationsfragen, 2. Lohnbewegungen, Streiks, Ausparierungen usw., 3. inneren Verbandsangelegenheiten.

Zur Führung aller Lohn- und Streikbewegungen wird ein Vorstandsmittglied als Streikleiter bestimmt, der sich in der Hauptsache mit dieser Materie zu beschäftigen hat.

Eine Woche später tagte ebenfalls in Dresden der 10. Verbandstag der Holzarbeiter.

Die Arbeitslosenziffer für das Jahr 1913 ist um mehr als 58 Proz. gegenüber dem Jahre 1911 gestiegen. Darunter hat naturgemäß auch die Steigerung der Mitgliederzahl gelitten. Während sie zum Beginn der Berichtsperiode (Anfang 1912) bis zum ersten Halbjahr 1913 von 182.750 auf 197.396 gestiegen ist, fiel sie bis zum Jahreschluß auf 183.075, so daß immerhin noch ein Gewinn von 10.325 Mitgliedern zu verzeichnen ist.

Der Vorstandsbericht gibt weiter Aufklärung über die Erfolge durch die vom Verband geführten Lohnbewegungen und von dem Verhältnis zu den anderen Organisationen, wobei hervorgehoben wird, daß die Grenzjreitigkeiten durch Abschluß von Marktverträgen (mit den Fabrik- und Transportarbeitern) beseitigt oder doch gemildert wurden. Ein Versuch, auch mit dem Zentralverband der Majer zum Abschluß eines Marktvertrages zu gelangen, ist mißlungen, weil eine Verhandlung über die Preisabgrenzung nicht möglich war. Verhandlungen mit dem Vorlande des Metallarbeiterverbandes stehen kurz vor ihrem Abschluß und lassen auch einen erfolgreichen Verlauf erhoffen.

Der Punkt: "Lohnbewegung und Kampfstatik" wurde in geschlossener Sitzung behandelt. Nach eingehender Aussprache beschloß der Verbandstag, an der bisherigen Aktivist bei Lohnbewegungen festzuhalten. In der Frage des freien Sonnabendnachmittags erneuerte der Verbandstag den Beschluß des letzten Verbandstages, der besagt, daß an die Einführung des freien Sonnabendnachmittags erstlich erst dann herangeführt werden könne, wenn die tägliche Arbeitszeit in ausreichendem Maße verkürzt ist.

Bei der Verhandlung über die Werftarbeiterbewegung 1913 wurden neue Momente nicht erörtert. Die Werftarbeiter griffen den Vorstand besonders an, weil er ihnen zumute, die Arbeit durch den Unternehmer nachweis mit seinen Schiffen wieder aufzunehmen. Der Vorstandsvertreter erklärte, die Vorstände hätten im Interesse der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht anders handeln können. Von einem Beschluß wurde Abstand genommen, ebenso von einer Beitragserhöhung. Die Verzugsdauer der Arbeitslosenunterstützung wurde um eine Woche (von 6 auf 7 Wochen) verlängert. Die Einsetzung eines Rates wurde abgelehnt.

Zur Arbeitsnachweistrage wurde beschlossen, daß die Angliederung an einen Kommunalen oder sonstigen öffentlichen Arbeitsnachweis nur erfolgen darf, wenn die volle Parität garantiert ist, und wenn der Organisation mindestens ein genügendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht bei der Arbeitsvermittlung und bei Erledigung etwaiger Differenzen zugesichert wird.

Der Verbandstag stimmte dann noch einer Vorlage des Vorstandes über eine Unfallversicherung für die Verbandsmitglieber zu. Die besoldeten Vorstandsmitglieber wurden wiedergewählt.

Die Abhaltung des nächsten außerordentlichen Verbandstages der Staats- und Gemeinbedarbeiter (abgehalten vom 25. bis 30. Mai in Hamburg) machte sich in erster Linie durch die bestehenden Differenzen in der Zentralleitung notwendig. Bekanntlich wurde auf dem letzten Verbandstag der Vorsitzende Mohs mit nur einer Stimme Majorität wiedergewählt. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich in den zwei Jahren noch mehr zugeeigelt. Vor dem Verbandstag waren die Beamten des Verbandes zu einer Konferenz zwecks Festlegung der leitenden Köpfe zusammengelommen und haben sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Wir wollen uns mit keinem Worte in den häuslichen Streit mischen, freuen uns aber doch, daß die Delegierten den von den Beamten gemachten Vorschlag ablehnten. Denn wo soll das hin führen, wenn die Gausleiter und die anderen Beamten eines Verbandes die wichtigsten Beamten einer Organisation verteilen. Nach zweitägiger Verhand-

lung wurde der bisherige Gausleiter Dedmann zum Vorsitzenden und der bisherige Vorsitzende Mohs zum internationalen Sekretär gewählt. Eine hervorragende Rolle spielte ebenfalls die Frage der Grenzjreitigkeiten. Die Gemeinbedarbeiter stehen grundsätzlich auf dem Boden der Betriebsorganisation und haben auch dahinzielende Anträge an den Gewerkschaftsausschuß gerichtet. Der Vertreter der General-Kommission (Scheu) riet zur Vertretung, damit nicht das Mund mit dem Wade ausgehütel wird. Man möge das nehmen, was einem angesichts der gegenwärtigen Situation die Entwicklung geben könne. Bezüglich der Organisationsform gehe er als Metallarbeiter mit den Gemeinbedarbeitern ein und Wege zusammen, aber trotzdem stehe er auf einem anderen Standpunkt. Für ihn sei maßgebend die Hamburger Resolution. Er warte davor, zu erörtern zu werden und bitte, auch die Verhältnisse in anderen Organisationsformen zu berücksichtigen. Gewiß könne man niemanden zwingen, einer Organisation beizutreten, von der er glaube, daß sie seine Interessen nicht wahrnehme. Aber ebensowenig könne man jemanden zwingen, aus seiner alten bestehenden Organisationsform auszutreten und dem Gemeinbedarbeiterverband beizutreten, wenn er glaube, daß seine alte Organisation noch etwas für ihn tun könne. Der Vorwurf gegen die General-Kommission sei so unbedeutend wie nur denkbar. Er betrachte es als das Höchstmögliche von Geschicklichkeit, das die General-Kommission entfaltet habe, um aus all den durcheinanderlaufenden Dingen herauszufinden und die Dinge so zu leiten, daß sie nicht zur Stockung der ganzen Bewegung führten. Man möge das nehmen, was im Augenblick erreichbar sei, nicht aber unnütz seine Kraft verschwenden.

Die Delegierten aus Stettin sagten darüber, daß der unglückliche Ausgang des Stettiner Streiks, des größten, den die Organisation bisher führte, mit auf die Zersplitterung in der Führung der Bewegung zurückzuführen sei. Von anderer Seite wurde gesagt, die bisherige Praxis in der Frage der Grenzjreitigkeiten bedeute ein Ausnahmerecht gegen den Gemeinbedarbeiterverband. Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu beauftragen, an den Deutschen Reichstag mit dem Ersuchen heranzutreten, daß ein Gesetz geschaffen werden möge, das die vierundzwanzigstündige Wechselschicht unterlag, wurde einstimmig angenommen. — Zur Wahrung des Koalitions- und Streikrechts stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, in der es heißt: Der siebente Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neu geschaffenen Koalitionsrechtsbeschränkungen im Strafgesetzbuch, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengesetz sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Durchführung des Vereinsgesetzes. Der Verbandstag als die Vertretung von 3.900 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern hält die vollständige Aufrechterhaltung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorien schweren Schaden leiden. Schließlich wird die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung gefordert.

Der Verbandstag stimmte dann noch einer Vorlage des Vorstandes über eine Unfallversicherung für die Verbandsmitglieber zu. Die besoldeten Vorstandsmitglieber wurden wiedergewählt.

Die Abhaltung des nächsten außerordentlichen Verbandstages der Staats- und Gemeinbedarbeiter (abgehalten vom 25. bis 30. Mai in Hamburg) machte sich in erster Linie durch die bestehenden Differenzen in der Zentralleitung notwendig. Bekanntlich wurde auf dem letzten Verbandstag der Vorsitzende Mohs mit nur einer Stimme Majorität wiedergewählt. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich in den zwei Jahren noch mehr zugeeigelt. Vor dem Verbandstag waren die Beamten des Verbandes zu einer Konferenz zwecks Festlegung der leitenden Köpfe zusammengelommen und haben sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Wir wollen uns mit keinem Worte in den häuslichen Streit mischen, freuen uns aber doch, daß die Delegierten den von den Beamten gemachten Vorschlag ablehnten. Denn wo soll das hin führen, wenn die Gausleiter und die anderen Beamten eines Verbandes die wichtigsten Beamten einer Organisation verteilen. Nach zweitägiger Verhand-

lung wurde der bisherige Gausleiter Dedmann zum Vorsitzenden und der bisherige Vorsitzende Mohs zum internationalen Sekretär gewählt. Eine hervorragende Rolle spielte ebenfalls die Frage der Grenzjreitigkeiten. Die Gemeinbedarbeiter stehen grundsätzlich auf dem Boden der Betriebsorganisation und haben auch dahinzielende Anträge an den Gewerkschaftsausschuß gerichtet. Der Vertreter der General-Kommission (Scheu) riet zur Vertretung, damit nicht das Mund mit dem Wade ausgehütel wird. Man möge das nehmen, was einem angesichts der gegenwärtigen Situation die Entwicklung geben könne. Bezüglich der Organisationsform gehe er als Metallarbeiter mit den Gemeinbedarbeitern ein und Wege zusammen, aber trotzdem stehe er auf einem anderen Standpunkt. Für ihn sei maßgebend die Hamburger Resolution. Er warte davor, zu erörtern zu werden und bitte, auch die Verhältnisse in anderen Organisationsformen zu berücksichtigen. Gewiß könne man niemanden zwingen, einer Organisation beizutreten, von der er glaube, daß sie seine Interessen nicht wahrnehme. Aber ebensowenig könne man jemanden zwingen, aus seiner alten bestehenden Organisationsform auszutreten und dem Gemeinbedarbeiterverband beizutreten, wenn er glaube, daß seine alte Organisation noch etwas für ihn tun könne. Der Vorwurf gegen die General-Kommission sei so unbedeutend wie nur denkbar. Er betrachte es als das Höchstmögliche von Geschicklichkeit, das die General-Kommission entfaltet habe, um aus all den durcheinanderlaufenden Dingen herauszufinden und die Dinge so zu leiten, daß sie nicht zur Stockung der ganzen Bewegung führten. Man möge das nehmen, was im Augenblick erreichbar sei, nicht aber unnütz seine Kraft verschwenden.

Die Delegierten aus Stettin sagten darüber, daß der unglückliche Ausgang des Stettiner Streiks, des größten, den die Organisation bisher führte, mit auf die Zersplitterung in der Führung der Bewegung zurückzuführen sei. Von anderer Seite wurde gesagt, die bisherige Praxis in der Frage der Grenzjreitigkeiten bedeute ein Ausnahmerecht gegen den Gemeinbedarbeiterverband. Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu beauftragen, an den Deutschen Reichstag mit dem Ersuchen heranzutreten, daß ein Gesetz geschaffen werden möge, das die vierundzwanzigstündige Wechselschicht unterlag, wurde einstimmig angenommen. — Zur Wahrung des Koalitions- und Streikrechts stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, in der es heißt: Der siebente Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neu geschaffenen Koalitionsrechtsbeschränkungen im Strafgesetzbuch, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengesetz sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Durchführung des Vereinsgesetzes. Der Verbandstag als die Vertretung von 3.900 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern hält die vollständige Aufrechterhaltung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorien schweren Schaden leiden. Schließlich wird die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung gefordert.

Der Verbandstag stimmte dann noch einer Vorlage des Vorstandes über eine Unfallversicherung für die Verbandsmitglieber zu. Die besoldeten Vorstandsmitglieber wurden wiedergewählt.

Die Abhaltung des nächsten außerordentlichen Verbandstages der Staats- und Gemeinbedarbeiter (abgehalten vom 25. bis 30. Mai in Hamburg) machte sich in erster Linie durch die bestehenden Differenzen in der Zentralleitung notwendig. Bekanntlich wurde auf dem letzten Verbandstag der Vorsitzende Mohs mit nur einer Stimme Majorität wiedergewählt. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich in den zwei Jahren noch mehr zugeeigelt. Vor dem Verbandstag waren die Beamten des Verbandes zu einer Konferenz zwecks Festlegung der leitenden Köpfe zusammengelommen und haben sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Wir wollen uns mit keinem Worte in den häuslichen Streit mischen, freuen uns aber doch, daß die Delegierten den von den Beamten gemachten Vorschlag ablehnten. Denn wo soll das hin führen, wenn die Gausleiter und die anderen Beamten eines Verbandes die wichtigsten Beamten einer Organisation verteilen. Nach zweitägiger Verhand-

lung wurde der bisherige Gausleiter Dedmann zum Vorsitzenden und der bisherige Vorsitzende Mohs zum internationalen Sekretär gewählt. Eine hervorragende Rolle spielte ebenfalls die Frage der Grenzjreitigkeiten. Die Gemeinbedarbeiter stehen grundsätzlich auf dem Boden der Betriebsorganisation und haben auch dahinzielende Anträge an den Gewerkschaftsausschuß gerichtet. Der Vertreter der General-Kommission (Scheu) riet zur Vertretung, damit nicht das Mund mit dem Wade ausgehütel wird. Man möge das nehmen, was einem angesichts der gegenwärtigen Situation die Entwicklung geben könne. Bezüglich der Organisationsform gehe er als Metallarbeiter mit den Gemeinbedarbeitern ein und Wege zusammen, aber trotzdem stehe er auf einem anderen Standpunkt. Für ihn sei maßgebend die Hamburger Resolution. Er warte davor, zu erörtern zu werden und bitte, auch die Verhältnisse in anderen Organisationsformen zu berücksichtigen. Gewiß könne man niemanden zwingen, einer Organisation beizutreten, von der er glaube, daß sie seine Interessen nicht wahrnehme. Aber ebensowenig könne man jemanden zwingen, aus seiner alten bestehenden Organisationsform auszutreten und dem Gemeinbedarbeiterverband beizutreten, wenn er glaube, daß seine alte Organisation noch etwas für ihn tun könne. Der Vorwurf gegen die General-Kommission sei so unbedeutend wie nur denkbar. Er betrachte es als das Höchstmögliche von Geschicklichkeit, das die General-Kommission entfaltet habe, um aus all den durcheinanderlaufenden Dingen herauszufinden und die Dinge so zu leiten, daß sie nicht zur Stockung der ganzen Bewegung führten. Man möge das nehmen, was im Augenblick erreichbar sei, nicht aber unnütz seine Kraft verschwenden.

Die Delegierten aus Stettin sagten darüber, daß der unglückliche Ausgang des Stettiner Streiks, des größten, den die Organisation bisher führte, mit auf die Zersplitterung in der Führung der Bewegung zurückzuführen sei. Von anderer Seite wurde gesagt, die bisherige Praxis in der Frage der Grenzjreitigkeiten bedeute ein Ausnahmerecht gegen den Gemeinbedarbeiterverband. Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu beauftragen, an den Deutschen Reichstag mit dem Ersuchen heranzutreten, daß ein Gesetz geschaffen werden möge, das die vierundzwanzigstündige Wechselschicht unterlag, wurde einstimmig angenommen. — Zur Wahrung des Koalitions- und Streikrechts stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, in der es heißt: Der siebente Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neu geschaffenen Koalitionsrechtsbeschränkungen im Strafgesetzbuch, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengesetz sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Durchführung des Vereinsgesetzes. Der Verbandstag als die Vertretung von 3.900 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern hält die vollständige Aufrechterhaltung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorien schweren Schaden leiden. Schließlich wird die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung gefordert.

Der Verbandstag stimmte dann noch einer Vorlage des Vorstandes über eine Unfallversicherung für die Verbandsmitglieber zu. Die besoldeten Vorstandsmitglieber wurden wiedergewählt.

Die Abhaltung des nächsten außerordentlichen Verbandstages der Staats- und Gemeinbedarbeiter (abgehalten vom 25. bis 30. Mai in Hamburg) machte sich in erster Linie durch die bestehenden Differenzen in der Zentralleitung notwendig. Bekanntlich wurde auf dem letzten Verbandstag der Vorsitzende Mohs mit nur einer Stimme Majorität wiedergewählt. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich in den zwei Jahren noch mehr zugeeigelt. Vor dem Verbandstag waren die Beamten des Verbandes zu einer Konferenz zwecks Festlegung der leitenden Köpfe zusammengelommen und haben sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Wir wollen uns mit keinem Worte in den häuslichen Streit mischen, freuen uns aber doch, daß die Delegierten den von den Beamten gemachten Vorschlag ablehnten. Denn wo soll das hin führen, wenn die Gausleiter und die anderen Beamten eines Verbandes die wichtigsten Beamten einer Organisation verteilen. Nach zweitägiger Verhand-

lung wurde der bisherige Gausleiter Dedmann zum Vorsitzenden und der bisherige Vorsitzende Mohs zum internationalen Sekretär gewählt. Eine hervorragende Rolle spielte ebenfalls die Frage der Grenzjreitigkeiten. Die Gemeinbedarbeiter stehen grundsätzlich auf dem Boden der Betriebsorganisation und haben auch dahinzielende Anträge an den Gewerkschaftsausschuß gerichtet. Der Vertreter der General-Kommission (Scheu) riet zur Vertretung, damit nicht das Mund mit dem Wade ausgehütel wird. Man möge das nehmen, was einem angesichts der gegenwärtigen Situation die Entwicklung geben könne. Bezüglich der Organisationsform gehe er als Metallarbeiter mit den Gemeinbedarbeitern ein und Wege zusammen, aber trotzdem stehe er auf einem anderen Standpunkt. Für ihn sei maßgebend die Hamburger Resolution. Er warte davor, zu erörtern zu werden und bitte, auch die Verhältnisse in anderen Organisationsformen zu berücksichtigen. Gewiß könne man niemanden zwingen, einer Organisation beizutreten, von der er glaube, daß sie seine Interessen nicht wahrnehme. Aber ebensowenig könne man jemanden zwingen, aus seiner alten bestehenden Organisationsform auszutreten und dem Gemeinbedarbeiterverband beizutreten, wenn er glaube, daß seine alte Organisation noch etwas für ihn tun könne. Der Vorwurf gegen die General-Kommission sei so unbedeutend wie nur denkbar. Er betrachte es als das Höchstmögliche von Geschicklichkeit, das die General-Kommission entfaltet habe, um aus all den durcheinanderlaufenden Dingen herauszufinden und die Dinge so zu leiten, daß sie nicht zur Stockung der ganzen Bewegung führten. Man möge das nehmen, was im Augenblick erreichbar sei, nicht aber unnütz seine Kraft verschwenden.

Die Delegierten aus Stettin sagten darüber, daß der unglückliche Ausgang des Stettiner Streiks, des größten, den die Organisation bisher führte, mit auf die Zersplitterung in der Führung der Bewegung zurückzuführen sei. Von anderer Seite wurde gesagt, die bisherige Praxis in der Frage der Grenzjreitigkeiten bedeute ein Ausnahmerecht gegen den Gemeinbedarbeiterverband. Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu beauftragen, an den Deutschen Reichstag mit dem Ersuchen heranzutreten, daß ein Gesetz geschaffen werden möge, das die vierundzwanzigstündige Wechselschicht unterlag, wurde einstimmig angenommen. — Zur Wahrung des Koalitions- und Streikrechts stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, in der es heißt: Der siebente Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neu geschaffenen Koalitionsrechtsbeschränkungen im Strafgesetzbuch, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengesetz sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Durchführung des Vereinsgesetzes. Der Verbandstag als die Vertretung von 3.900 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern hält die vollständige Aufrechterhaltung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorien schweren Schaden leiden. Schließlich wird die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung gefordert.

Der Verbandstag stimmte dann noch einer Vorlage des Vorstandes über eine Unfallversicherung für die Verbandsmitglieber zu. Die besoldeten Vorstandsmitglieber wurden wiedergewählt.

Die Abhaltung des nächsten außerordentlichen Verbandstages der Staats- und Gemeinbedarbeiter (abgehalten vom 25. bis 30. Mai in Hamburg) machte sich in erster Linie durch die bestehenden Differenzen in der Zentralleitung notwendig. Bekanntlich wurde auf dem letzten Verbandstag der Vorsitzende Mohs mit nur einer Stimme Majorität wiedergewählt. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich in den zwei Jahren noch mehr zugeeigelt. Vor dem Verbandstag waren die Beamten des Verbandes zu einer Konferenz zwecks Festlegung der leitenden Köpfe zusammengelommen und haben sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Wir wollen uns mit keinem Worte in den häuslichen Streit mischen, freuen uns aber doch, daß die Delegierten den von den Beamten gemachten Vorschlag ablehnten. Denn wo soll das hin führen, wenn die Gausleiter und die anderen Beamten eines Verbandes die wichtigsten Beamten einer Organisation verteilen. Nach zweitägiger Verhand-

lung wurde der bisherige Gausleiter Dedmann zum Vorsitzenden und der bisherige Vorsitzende Mohs zum internationalen Sekretär gewählt. Eine hervorragende Rolle spielte ebenfalls die Frage der Grenzjreitigkeiten. Die Gemeinbedarbeiter stehen grundsätzlich auf dem Boden der Betriebsorganisation und haben auch dahinzielende Anträge an den Gewerkschaftsausschuß gerichtet. Der Vertreter der General-Kommission (Scheu) riet zur Vertretung, damit nicht das Mund mit dem Wade ausgehütel wird. Man möge das nehmen, was einem angesichts der gegenwärtigen Situation die Entwicklung geben könne. Bezüglich der Organisationsform gehe er als Metallarbeiter mit den Gemeinbedarbeitern ein und Wege zusammen, aber trotzdem stehe er auf einem anderen Standpunkt. Für ihn sei maßgebend die Hamburger Resolution. Er warte davor, zu erörtern zu werden und bitte, auch die Verhältnisse in anderen Organisationsformen zu berücksichtigen. Gewiß könne man niemanden zwingen, einer Organisation beizutreten, von der er glaube, daß sie seine Interessen nicht wahrnehme. Aber ebensowenig könne man jemanden zwingen, aus seiner alten bestehenden Organisationsform auszutreten und dem Gemeinbedarbeiterverband beizutreten, wenn er glaube, daß seine alte Organisation noch etwas für ihn tun könne. Der Vorwurf gegen die General-Kommission sei so unbedeutend wie nur denkbar. Er betrachte es als das Höchstmögliche von Geschicklichkeit, das die General-Kommission entfaltet habe, um aus all den durcheinanderlaufenden Dingen herauszufinden und die Dinge so zu leiten, daß sie nicht zur Stockung der ganzen Bewegung führten. Man möge das nehmen, was im Augenblick erreichbar sei, nicht aber unnütz seine Kraft verschwenden.

Die Delegierten aus Stettin sagten darüber, daß der unglückliche Ausgang des Stettiner Streiks, des größten, den die Organisation bisher führte, mit auf die Zersplitterung in der Führung der Bewegung zurückzuführen sei. Von anderer Seite wurde gesagt, die bisherige Praxis in der Frage der Grenzjreitigkeiten bedeute ein Ausnahmerecht gegen den Gemeinbedarbeiterverband. Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu beauftragen, an den Deutschen Reichstag mit dem Ersuchen heranzutreten, daß ein Gesetz geschaffen werden möge, das die vierundzwanzigstündige Wechselschicht unterlag, wurde einstimmig angenommen. — Zur Wahrung des Koalitions- und Streikrechts stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, in der es heißt: Der siebente Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neu geschaffenen Koalitionsrechtsbeschränkungen im Strafgesetzbuch, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengesetz sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Durchführung des Vereinsgesetzes. Der Verbandstag als die Vertretung von 3.900 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern hält die vollständige Aufrechterhaltung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorien schweren Schaden leiden. Schließlich wird die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung gefordert.

Der Verbandstag stimmte dann noch einer Vorlage des Vorstandes über eine Unfallversicherung für die Verbandsmitglieber zu. Die besoldeten Vorstandsmitglieber wurden wiedergewählt.

Die Abhaltung des nächsten außerordentlichen Verbandstages der Staats- und Gemeinbedarbeiter (abgehalten vom 25. bis 30. Mai in Hamburg) machte sich in erster Linie durch die bestehenden Differenzen in der Zentralleitung notwendig. Bekanntlich wurde auf dem letzten Verbandstag der Vorsitzende Mohs mit nur einer Stimme Majorität wiedergewählt. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich in den zwei Jahren noch mehr zugeeigelt. Vor dem Verbandstag waren die Beamten des Verbandes zu einer Konferenz zwecks Festlegung der leitenden Köpfe zusammengelommen und haben sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Wir wollen uns mit keinem Worte in den häuslichen Streit mischen, freuen uns aber doch, daß die Delegierten den von den Beamten gemachten Vorschlag ablehnten. Denn wo soll das hin führen, wenn die Gausleiter und die anderen Beamten eines Verbandes die wichtigsten Beamten einer Organisation verteilen. Nach zweitägiger Verhand-

lung wurde der bisherige Gausleiter Dedmann zum Vorsitzenden und der bisherige Vorsitzende Mohs zum internationalen Sekretär gewählt. Eine hervorragende Rolle spielte ebenfalls die Frage der Grenzjreitigkeiten. Die Gemeinbedarbeiter stehen grundsätzlich auf dem Boden der Betriebsorganisation und haben auch dahinzielende Anträge an den Gewerkschaftsausschuß gerichtet. Der Vertreter der General-Kommission (Scheu) riet zur Vertretung, damit nicht das Mund mit dem Wade ausgehütel wird. Man möge das nehmen, was einem angesichts der gegenwärtigen Situation die Entwicklung geben könne. Bezüglich der Organisationsform gehe er als Metallarbeiter mit den Gemeinbedarbeitern ein und Wege zusammen, aber trotzdem stehe er auf einem anderen Standpunkt. Für ihn sei maßgebend die Hamburger Resolution. Er warte davor, zu erörtern zu werden und bitte, auch die Verhältnisse in anderen Organisationsformen zu berücksichtigen. Gewiß könne man niemanden zwingen, einer Organisation beizutreten, von der er glaube, daß sie seine Interessen nicht wahrnehme. Aber ebensowenig könne man jemanden zwingen, aus seiner alten bestehenden Organisationsform auszutreten und dem Gemeinbedarbeiterverband beizutreten, wenn er glaube, daß seine alte Organisation noch etwas für ihn tun könne. Der Vorwurf gegen die General-Kommission sei so unbedeutend wie nur denkbar. Er betrachte es als das Höchstmögliche von Geschicklichkeit, das die General-Kommission entfaltet habe, um aus all den durcheinanderlaufenden Dingen herauszufinden und die Dinge so zu leiten, daß sie nicht zur Stockung der ganzen Bewegung führten. Man möge das nehmen, was im Augenblick erreichbar sei, nicht aber unnütz seine Kraft verschwenden.

Die Delegierten aus Stettin sagten darüber, daß der unglückliche Ausgang des Stettiner Streiks, des größten, den die Organisation bisher führte, mit auf die Zersplitterung in der Führung der Bewegung zurückzuführen sei. Von anderer Seite wurde gesagt, die bisherige Praxis in der Frage der Grenzjreitigkeiten bedeute ein Ausnahmerecht gegen den Gemeinbedarbeiterverband. Ein Antrag, den Verbandsvorstand zu beauftragen, an den Deutschen Reichstag mit dem Ersuchen heranzutreten, daß ein Gesetz geschaffen werden möge, das die vierundzwanzigstündige Wechselschicht unterlag, wurde einstimmig angenommen. — Zur Wahrung des Koalitions- und Streikrechts stimmte der Verbandstag einer Resolution zu, in der es heißt: Der siebente Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neu geschaffenen Koalitionsrechtsbeschränkungen im Strafgesetzbuch, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengesetz sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Durchführung des Vereinsgesetzes. Der Verbandstag als die Vertretung von 3.900 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern hält die vollständige Aufrechterhaltung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorien schweren Schaden leiden. Schließlich wird die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung gefordert.

Der Verbandstag stimmte dann noch einer Vorlage des Vorstandes über eine Unfallversicherung für die Verbandsmitglieber zu. Die besoldeten Vorstandsmitglieber wurden wiedergewählt.

Die Abhaltung des nächsten außerordentlichen Verbandstages der Staats- und Gemeinbedarbeiter (abgehalten vom 25. bis 30. Mai in Hamburg) machte sich in erster Linie durch die bestehenden Differenzen in der Zentralleitung notwendig. Bekanntlich wurde auf dem letzten Verbandstag der Vorsitzende Mohs mit nur einer Stimme Majorität wiedergewählt. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich in den zwei Jahren noch mehr zugeeigelt. Vor dem Verbandstag waren die Beamten des Verbandes zu einer Konferenz zwecks Festlegung der leitenden Köpfe zusammengelommen und haben sich auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Wir wollen uns mit keinem Worte in den häuslichen Streit mischen, freuen uns aber doch, daß die Delegierten den von den Beamten gemachten Vorschlag ablehnten. Denn wo soll das hin führen, wenn die Gausleiter und die anderen Beamten eines Verbandes die wichtigsten Beamten einer Organisation verteilen. Nach zweitägiger Verhand-

lung wurde der bisherige Gausleiter Dedmann zum Vorsitzenden und der bisherige Vorsitzende Mohs zum internationalen Sekretär gewählt. Eine hervorragende Rolle spielte ebenfalls die Frage der Grenzjreitigkeiten. Die Gemeinbedarbeiter stehen grundsätzlich auf dem Boden der Betriebsorganisation und haben auch dahinzielende Anträge an den Gewerkschaftsausschuß gerichtet. Der Vertreter der General-Kommission (Scheu) riet zur Vertretung, damit nicht das Mund mit dem Wade ausgehütel wird. Man möge das nehmen, was einem angesichts der gegenwärtigen Situation die Entwicklung geben könne. Bezüglich der Organisationsform gehe er als Metallarbeiter mit den Gemeinbedarbeitern ein und Wege zusammen, aber trotzdem stehe er auf einem anderen Standpunkt. Für ihn sei maßgebend die Hamburger Resolution. Er warte davor, zu erörtern zu werden und bitte, auch die Verhältnisse in anderen Organisationsformen zu berücksichtigen. Gewiß könne man niemanden zwingen, einer Organisation beizutreten, von der er glaube, daß sie seine Interessen nicht wahrnehme. Aber ebensowenig könne man jemanden zwingen, aus seiner alten bestehenden Organisationsform auszutreten und dem Gemeinbedarbeiterverband beizutreten, wenn er glaube, daß seine alte Organisation noch etwas für ihn tun könne. Der Vorwurf gegen die General-Kommission sei so unbedeutend wie nur denkbar. Er betrachte es als das Höchstmögliche von Geschicklichkeit, das die General-Kommission entfaltet habe, um aus all den durcheinanderlaufenden Dingen herauszufinden und die Dinge so zu leiten, daß sie nicht zur Stockung der ganzen Bewegung führten. Man möge das nehmen, was im Augenblick erreichbar sei, nicht aber unnütz seine Kraft verschwenden.

7000 Mk. Zuschuß gewährt werden mußte. Das Gesamtvermögen der Kasse betrug am Schluß des 1. Quartals 321.166,95 Mk. gegen 236.652,70 Mk. am Schluß des Vorjahres. Es ist demnach ein Zufluß von 184.514,25 Mk. zu verzeichnen gewesen, was allerdings mit Rücksicht auf die Tatsache, daß das 1. Quartal schon sehr erhebliche höhere Wiedereinträge gebracht hat, nicht allzubiell bedeuten will.

Rundschau.

Die Tagung der Sattlermacher. Kürzlich tagte in Köln die nach besagte Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Sattlermacher. Den Vorsitz führte der bekannte Landrat a. D. Koetzer. Unter den zahlreichen Abgeordneten bemerkte man viele nationalsozialistische Abgeordnete und auch den Zentralverbandsabgeordneten Timmermann. Der Vorsitzende führte in seiner Begrüßungsansprache aus: Angehts der handelspolitischen Situation bedarf die Industrie der allergrößten Einigung; aber auch der Sozialdemokratie gegenüber muß sie gefaßlos auftreten, die namentlich auch in den Vertrieben des Mittelstandes einen unerträglichen Terrorismus treibt. Aus der Koalitionsfreiheit ist längst ein Koalitionszwang geworden. (Lebhafter Beifall.) Nach wie vor ist der Schutz der Arbeitswilligen die Forderung des Tages. Eine große Gefahr bildet auch das Einbringen großer Summen gewerkschaftlichen Kapitals in den Warenhandel, in die Industrie und vor allem in das Versicherungswesen. Demgegenüber müssen alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen (Lebhafter Beifall). — Regierungsrat Dr. Schwegler erstattete dem Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl ist danach um 11 große Einzelfirmen und 12 große Verbände gewachsen, und zwar nicht nur aus der sogenannten schweren, sondern auch aus der vorarbeitenden Industrie. Wer behauptet, daß der Zentralverband nur die Schwerindustrie vertrete, tut dies wider besseres Wissen und fördert die Zersplitterung der Industrie. Es mangle dieser überhaupt noch an Einigkeit, wie sich jetzt wieder bei der Begründung einer deutschen Gesellschaft für Welthandel gezeigt hat. Durch das Scheitern dieses Handelstages ist eine Zusammenfassung deutscher Auslandsinteressen vereitelt worden. Der Redner bespricht eingehend handelspolitische Fragen, vor allem die Erneuerung der Handelsverträge. Mit Hilfe des Zentralverbandes ist eine Interessengemeinschaft zusammengekommen, der sich freilich noch der Bund der Industriellen entzieht. Was die Sozialpolitik betrifft, so erwachen aus den Vertrieben der Internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterdienst der deutschen Industrie schwere Schädigungen, die der Industrie den Wettbewerb mit dem Auslande immer mehr erschweren. Auf der letzten internationalen Arbeiterichungs-Konferenz zu Bern haben sich die deutschen Regierungsvertreter in der Frage des Verbots der Nachtarbeit Jugendlicher an den Schmelzöfen und in der Glasindustrie erheblich nachgiebiger gezeigt, als die Vertreter Österreichs und Belgiens. Die Industrie muß verlangen, in solchen Fragen gehort und auch über die Vorgänge auf den internationalen Konferenzen von der Regierung informiert zu werden. Besonders gilt dies jetzt, nachdem der Reichstag beschloßen hat, die Regierung zu eruchen, für das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren auf allen noch im laufenden Jahre stattfindenden Konferenzen einzutreten.

Zu der sich anschließenden Aussprache machte eine große Anzahl Redner ihrem gepriesenen Sattlermacherherzen Luft. Von allen wurde der verhärtete Schutz der Arbeitswilligen für dringend notwendig erklärt. — Rautat Beutenberg bedauerte unter allgemeiner Zustimmung, daß der heutigen Tagung kein einziger Vertreter der Reichsregierung bewohnte, um die Wünsche der Industriellen entgegenzunehmen. — Geheimrat Schrey wandte sich scharf gegen die Agitation der freien Gewerkschaften. Der einzelne Arbeiter sei ihnen schutz- und rechtlos ausgeliefert; selbst die Familienangehörigen werden von den Angestellten der freien Gewerkschaften derart drangsalariert, daß ihre Existenz auf dem Spiele stehe. — Vom Vorstand wurde im Auftrage des Delegiertenausschusses ein längerer Beschlusstrat vorgelegt, in dem man sich scharf gegen den Antrag der Internationalen Vereinigung für den gewerblichen Arbeiterdienst auf Verbot der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre wendet. Ähnliche Anträge wurden für die Glasindustrie, für die Eisenindustrie und für die verarbeitende Industrie gestellt. Sie wurden sämtlich einstimmig angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Ueber die Kommunalabgaben in Preußen und die Stellung der Industrie berichtet Dr. Kind. Es sei sehr zu begrüßen, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz des Widerpruches der Regierung die Wünsche der beteiligten Erwerbstreife berücksichtigt habe. Wie der Haus- und Grundbesitz, so leide auch die Industrie unter der bisherigen Belastung; das könne nicht mehr so weitergehen. Ein Antrag, welcher einen noch stärkeren Schutz gegen die Mäglichkeit willkürlicher und höherer Belastung durch die Kommunen verlangt, wurde angenommen.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit - Erztzkaße.)

Abrechnung des I. Quartals 1914.

Main financial statement table with columns for 'Einnahmen' (Income) and 'Ausgaben' (Expenditures). It lists various cities and categories of expenses, ending with a total sum of 15441.01.

Table showing 'An Krankengeld wurde ausbezahlt' (Sickness benefits paid) and 'Wegfall und Arzt-Behandlung' (Deaths and medical treatment). It lists numerous cities and their respective amounts, with a total sum of 3470.18.

* In dieser Gesamtsumme ist das Beerdigungsgeld mit enthalten.

An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt:

Table listing funeral expenses (Beerdigungsgeld) for various cities, including Augsburg, Bamern, Berlin, etc., with a total sum of 495.00.